

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Zukunft sichern, die Gegenwart gestalten - Brandenburg vor der Kommunalwahl am 26. Mai 2019!

Begründung:

Die Gesetzgebung auf europäischer, Bundes- und Landesebene setzt den Rahmen für gesellschaftliches Zusammenleben und steht aus diesem Grund im Fokus der Politik. Doch keine europäische Verordnung, kein Bundes- oder Landesgesetz entfaltet reale Wirkung, würde es nicht vor Ort umgesetzt. Was von Parlamenten beschlossen worden ist, muss dort mit Leben erfüllt werden, wo es die Bevölkerung tatsächlich erreicht. In den Gemeinden, Städten und Landkreisen sind die hauptamtliche Verwaltung und die ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter der Einwohnerschaft gefordert, gemeinsam das konkrete Zusammenleben der Menschen zu gestalten. Diese kommunale Selbstverwaltung ist eine wichtige demokratische Errungenschaft.

Am 26. Mai finden in Brandenburg Kommunalwahlen statt. Überall im Land werden neue Stadtverordnete, Kreistagsmitglieder sowie Ortsbeiräte oder Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter gewählt.

Dabei ist die Frage der kommunalen Finanzausstattung eine wesentliche Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung. Aktuell besteht die große Gefahr, dass die Grundsteuer, als eine wesentliche Säule der Einnahmen der Brandenburgischen Kommunen wegzubrechen droht. Aufgabe der Landespolitik ist es, sich für eine fristgerechte und solidarische Reform der Grundsteuernovellierung einzusetzen und die Kommunen vor diesbezüglichen Steuerausfällen zu bewahren. In diesem Zusammenhang soll auch über eine generelle Befreiung von kommunalen Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen und -trägern von der Grundsteuer debattiert werden.

Regionales und lokales Engagement für eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft sowie für gute und gleichwertige Lebensverhältnisse braucht die entsprechende Unterstützung der Landespolitik und entsprechende Rahmenbedingungen. Konkret geht es um Fragen der Investitionstätigkeit der Kommunen, um bezahlbares Wohnen in den Kommunen, bezahlbare Angebote der Daseinsvorsorge - von Kita, Bildung bis zur Gesundheit, um Partizipation und Teilhabe der Brandenburgerinnen und Brandenburger vor Ort, um eine sozial gestaltete Energie- und Mobilitätswende, um lokale Kulturangebote, die Integration und Solidarität mit Geflüchteten und vieles mehr.

Eingegangen: 07.05.2019 / Ausgegeben: 07.05.2019